

## DIE KANZLEI

► Klaus Nieding ist **Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht** und regelmäßig als Sachverständiger des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit Kapitalmarktgesetzen tätig. Laut „Handelsblatt“ ist der in Meddersheim wohnende Nieding „einer der renommiertesten deutschen Anlegerschutzanwälte“. Seit 1994 vertritt die Kanzlei „Nieding + Barth“ Deutschlands größte Aktionärsvereinigung, die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., deren Frankfurter Geschäftsführer Nieding ist. Die Kanzlei hat bereits über **50 Entscheidungen des Bundesgerichtshofes** zum Anleger- und Investorenschutz herbeigeführt.

► Der Fachanwalt spricht sich gegen die von der Bewegung geforderte **Finanztransaktionssteuer** aus. Sie verteuert Finanzgeschäfte mit der Folge, dass diese Kosten „bis unten durchgereicht“ werden – also letztlich der kleine Sparer wieder die Zeche zahlt. Wirkungsvoller ist es, die riskanten Geschäfte durch die gesetzliche Verpflichtung zur Unterlegung von Eigenkapital in bestimmten Rahmen so zu verteuern, dass sie nur noch von wirklich potenten Instituten abgeschlossen werden können.

# Nieding: Nicht mehr als ein Zwischenruf

**PROTESTBEWEGUNG** Aktionärsschützer geht von schnellem Vergessen in der Politik aus/Lösung wären international gültige Standards, aber keine Planwirtschaft

**KREIS BAD KREUZNACH/FRANKFURT.** Am 17. September dieses Jahres fing alles an. Die Bewegung „Besetzt die Wall Street“ in New York hat den Zuccotti Park besetzt – weltweit folgten zahlreiche Nachahmer ihrer Idee. Sie wollen mit friedlichen Demonstrationen gegen die soziale Ungleichheit demonstrieren. Auch in Frankfurt gibt es einen Ableger der sogenannten Occupy-Bewegung, die ihr Camp vor der Europäischen Zentralbank auf-

## INTERVIEW

geschlagen hat. Der Aktionärsschützer Klaus Nieding aus Meddersheim hat sich mit zahlreichen Demonstranten unterhalten. In der Allgemeinen Zeitung spricht er über die Zukunft der Bewegung und nachhaltige Lösungen im Bankenwesen.

**Sind die derzeitigen Proteste der Occupy-Bewegung aus Ihrer Sicht eher ein „Weckruf“ (FDP-Landesvorsitzender Hahn) oder „ideenlos“ (Generalsekretär der Hessen-SPD Roth)?**

Die Occupy-Bewegung wird von verschiedenen Bewegun-

den getragen: Da gibt es die, die wirklich besorgt sind um unser Wirtschaftssystem und dieses von bestimmten Praktiken der Finanzindustrie bedroht sehen. Auf der anderen Seite fungiert „Occupy“ aber auch als Sammelbecken all derer, die ihr politisches Süppchen kochen wollen – von Berufspolitikern und Gewerkschaftsfunktionären, die aus parteitaktischen Gründen öffentlich mit der Bewegung sympathisieren bis hin zu überzeugten Kommunisten oder „Alt-68ern“, die grundsätzlich gegen unser Wirtschaftssystem demonstrieren. Die Proteste werden allenfalls den Charakter eines „Zwischenrufes“ haben. So schnell, wie die Politik die Finanzkrise 2008 vergessen hatte, so schnell wird sie auch diesmal wieder zum Tagesgeschäft übergehen.

**Die Demonstranten wollen die Macht der Banken beschränken und sich für eine Regulierung der Finanzmärkte einsetzen. Wird ihre Botschaft die Banken beziehungsweise die dort arbeitenden Verantwortlichen überhaupt erreichen und etwas bewirken können?**

Solange wir uns nicht interna-



**Eine notwendige stärkere Regulierung der Finanzmärkte könne nur auf einheitlicher internationaler Ebene Wirkung entfalten, ist Anlegerschutzanwalt Klaus Nieding überzeugt.** Foto: privat

tional auf gemeinsame Standards und notwendige Regulierungen bzw. Beschränkungen der Finanzindustrie einigen können – und das ist angesichts der Abhängigkeit einiger Staaten von der Finanzindustrie als einziger nennenswerter Industrie im jeweiligen Lande (bspw. Großbritannien) mehr als schwer – werden die auch jetzt wieder diskutierten verschiedenen durchaus richtigen Ansätze erneut nach einer gewissen Zeit der Aufgeregtheit und des Medieninteresses „ad acta“ gelegt.

**Wie kann die Politik aus Ihrer Sicht regulierend in das Bankenwesen eingreifen und bis zu welchem Punkt darf sie das überhaupt?**

Wir sollten uns vor einer staatlichen Planwirtschaft hüten. Die Forderung nach einer „Verstaatlichung der Banken“ stammt nicht nur aus der Mottenkiste der politischen Agitation, sondern ist auch untauglich. Immerhin waren es ja vor allem Banken mit staatlichem Einfluss, die die erste Finanzkrise 2008 erst so richtig befeuert haben. Richtiger als eine Verstaat-

lichung von Finanzinstituten oder das Verbot gewisser riskanter Geschäfte erscheint mir auch insoweit, auf die Kräfte des Marktes zu setzen: Wir benötigen bei bestimmten Geschäften eine strenge Verpflichtung zur umfangreichen Unterlegung dieser Geschäfte mit Eigenkapital der jeweils handelnden Bank. Dann regelt der Markt selbst, ob und in welchem Umfang solche Geschäfte getätigt werden. Flankierend sollten wir ein funktionierendes (!) Bankeninsolvenzrecht einführen, um marode Institute auch wirkungsvoll und ohne Systemrelevanz abwickeln zu können.

**Ist eine stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte nötig und möglich, wie es die Bewegung fordert?**

Ja, wird aber Wirkung nur auf einheitlicher internationaler Ebene entfalten können. Nicht umsonst heißt es an der Börse „Geld hat Beine wie ein Reh und das Gedächtnis eines Elefanten“. Was nützt es, wenn Kerneuropa gewisse Regeln erlässt, aber etwa Großbritannien, Irland oder andere Staaten nicht mitziehen wegen ihrer großen Abhängigkeit von der Finanzindustrie als einzig nen-

nenswerter Industrie im jeweiligen Land – von den USA oder Fernost ganz zu schweigen? Insbesondere die Ratingagenturen sind aus meiner Sicht dringend regulierungsbedürftig.

**2008 hat der Staat den Banken in der Krise bereits unter die Arme gegriffen. Im Zuge der Eurorettung geht es nun wieder um Staatshilfen. Wie könnte eine dauerhafte Lösung aussehen, damit in drei Jahren nicht wieder die gleichen Probleme auftauchen?**

Verschärfte Eigenkapitalunterlegungsanforderungen bei bestimmten Geschäften, Schaffung eines funktionierenden Bankeninsolvenzrechts zur schonenden Abwicklung maroder Institute, Regulierung der Ratingagenturen und das alles einheitlich auf internationaler Ebene – um nur mal drei der drängenden Themen anzusprechen. Darüber hinaus muss sich die innere Einstellung unserer „Banker“ ändern: Die Finanzindustrie ist kein Selbstzweck, sondern muss in erster Linie der Unterstützung der Realwirtschaft dienen.

Die Fragen stellte Daniela Elsässer